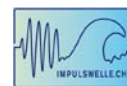


\*\*\*\*\*



# Impuls aktuell



\*\*\*\*\*

15.1.2022 – Nr. 16

## Medienförderungspaket

### Nein zu Steuermilliarden für hochprofitable Verlage

Am **13. Februar** entscheidet das Stimmvolk mit dem **Medienförderungspaket** über höhere Subventionen für **private Medien**. Die SRG ist diesmal nicht dabei. Sie ist bereits am Anfang der Corona-Krise mit zusätzlich 50 Millionen Fr. von Simonetta Sommaruga beglückt worden - einfach so ab 2021 – jedes Jahr.

Laut dem Medienpaket würden **Zeitungen, private Radio- und TV-Sender** sowie neu **Online-Medien** jährlich **287 Millionen Franken erhalten – 151 Millionen mehr als heute**. Und das für **mindestens sieben Jahre**. In dieser Zeit würden also **insgesamt zwei Milliarden Franken an die Verlagshäuser fließen**. Finanziert wird das Ganze über **Steuergelder und Serafe-Gebühren**. Dagegen hat ein Komitee aus Unternehmern, Verlegern und Journalisten das Referendum ergriffen.

#### Was wird mit Subventionen gefördert und wer profitiert?

► Im **Postgesetz** werden die Beiträge für die **Vergünstigung der Posttaxen** bei der Zustellung abonniertes Zeitungen, Zeitschriften sowie Mitgliedschafts- und Stiftungsorganen **von heute 50 Mio. Franken auf neu 80 Mio. Franken erhöht**. Zudem soll die **Früh- und Sonntagszustellung** neu mit **jährlich 40 Mio. Franken** staatlich subventioniert werden. Fazit: **Die jährlichen Beiträge im Postgesetz steigen von 50 auf neu 120 Mio. Franken**.

In beiden Fällen **profitieren die grossen Verlagshäuser überdurchschnittlich**:

Die **40 Mio. Franken** für die Sonntags- und Frühzustellung fließen ausschliesslich als **indirekte Presseförderung zu den Grossen**, da kein einziger kleiner und mittlerer Verlag eine Sonntagszeitung und Frühzustellung hat.

Auch die **Vergünstigung der Posttaxen nützen neu den Grossen**, da die **bisher bestehende Auflagen-Obergrenze von 40'000 Exemplaren für die Posttaxenverbilligung aufgehoben wurde**. Damit würden auch grosse Tageszeitungen wie der Tages-Anzeiger, der Blick oder die NZZ mit Steuergeldern subventioniert. Aus demselben Topf, der bis heute die kleinen und mittleren Verlage gestützt hat.

► Im **Radio- und Fernsehgesetz** sollen die Abgabenanteile privater **Radio- und TV-Stationen** von heute 4-6 % auf neu 6-8 % erhöht werden. Dies bedeutet eine Erhöhung der jährlichen Beträge von heute **81 Mio. Franken auf neu ca. 109 Mio. Franken**. Zudem wird mehr Geld für allgemeine Massnahmen zur Medienförderung vorgesehen, – so z.B. für die Aus- und Weiterbildung von

## Impuls aktuell – Nr. 16

Journalisten, den Presserat, Nachrichtenagenturen usw. Fazit: Die jährlichen Beiträge aus dem RTVG steigen **von 81 auf ca. 132 Mio. Franken**.

Auch hier profitieren nur die **grossen Medienhäuser**, da kleine und mittlere Verlage gar keine Radio- und TV-Stationen haben.

► Das neue **Bundesgesetz zur Förderung von Online-Medien** sieht jährliche Beiträge von **30 Mio. Franken** vor. Damit sollen Online-Portale mit Bezahlschranke oder Abo-Struktur unterstützt werden, die **gesetzlich vorgegebene Kriterien erfüllen**.

Auch hier wieder: Von den 30 Mio. Franken **profitieren die Grossen zu 80 %**. Denn hauptsächlich diese haben die gesetzlich erforderlichen **Abo- und Bezahl-Modelle** etabliert. **Problematisch sind die elf Kriterien, die erfüllt werden müssen**. Einige sind harmlos, andere betreffen den **Inhalt, der politisch sein muss und Qualitätsstandards setzen muss**. Hier findet ein Paradigmenwechsel statt von der **indirekten Medienförderung (Posttaxen) zur direkten Medienförderung**. **Am Schluss entscheidet eine Beamtin oder ein Beamter, wer Online-Subventionen bekommt und wer nicht**. Das ist ein riesiges Problem.

Fazit: **Das Medienpaket fördert zu 70 % die drei grossen Medienhäuser**. Die Aussage von **Simonetta Sommaruga**, dass die kleinen und mittleren Verlage profitieren, stimmt also nicht. Aufgrund mehrerer Falschbehauptungen hat das Nein-Komitee am 19. Januar 2022 einen **offenen Brief an die Bundesrätin** verschickt mit der Aufforderung: „**Bitte kehren Sie zu den Fakten zurück**.“ <https://medien-massnahmenpaket-nein.ch/brief-sommaruga/>

Nötig hätten es die drei Verlagshäuser nicht. Wie der K-Tipp recherchiert hat, erzielten sie von 2011 bis 2020 Betriebsgewinne von **total 3,3 Milliarden Franken** vor Steuern und Abschreibungen. **Die Geschäfte der Tamedia-Gruppe, die neu TX Group heisst**, laufen so gut, dass die Leitung im Dezember bekannt gab, den Aktionären für die Geschäftsjahre 2021, 2022 und 2023 zusätzlich zur normalen **Dividende eine Sonderdividende von je 44,5 Millionen Franken** auszuzahlen.



### Einheitsbrei statt Vielfalt: Grossverlage dominieren den Pressemarkt

Gemäss Studien der Uni Zürich beherrschen **Tamedia, CH-Media und Ringier** den Schweizer Pressemarkt mit einem **Marktanteil von 80 %**. In den vergangenen Jahren kauften sie zahlreiche

Zeitungen auf. Die TX Group besitzt heute 15 Tageszeitungen (siehe Foto). Vor zwanzig Jahren besass Tamedia erst den Tages-Anzeiger und eine Minderheitsbeteiligung an der „Luzerner Zeitung“ und der „Berner Zeitung“. CH-Media vereinigt zusammen mit den NZZ-Regionalzeitungen sogar 21 Tageszeitungen unter einem Dach.

Diese geballte Marktmacht führt dazu, dass die Leser in fast allen Zeitungen die gleichen Nachrichten serviert bekommen. Resultat: Statt **Vielfalt zu stärken, wird der Einheitsbrei gefördert**. Wie unkritisch Medien werden können, wenn sie von Staatshand gefördert werden, hat man in der Corona-Zeit gemerkt. Man erinnere sich nur an Ringier-CEO Marc Walder, der die Redaktionen sogar angewiesen hat, **regierungstreu zu berichten**. Um es mit den Worten von Verleger Markus Somm zu sagen: „**Das Medienpaket ist der grösste Angriff auf die Pressefreiheit**. Dabei ist es die Aufgabe der Medien, den Staat zu kritisieren, weil der Staat weniger dem Wettbewerb ausgesetzt ist.“

### Die wirklichen Verlierer sind die Gratis-Medien

Der grösste Fehler dieses Medienpakets ist, dass nur **abonnierte und Bezahlmedien** unterstützt werden. **Gratis-Zeitungen werden nicht gefördert**. Begründung: Sie würden keine relevanten Inhalte liefern. Sind der Regional-Sport, lokale Mitteilungen, die Berichterstattung über die Region nicht relevant? Gerade diese Medienvielfalt will man doch fördern. Wie kann sie erreicht werden, wenn z. B. **im Kanton Bern von 22 Zeitungen nur sechs unterstützt werden**? In anderen Kantonen sieht es ähnlich aus. Warum wählen Zeitungen überhaupt das Gratis-Modell? Der Grund ist einfach: Weil sie so eine **höhere Auflage erreichen und sie keine aufwendige und teure Aboverwaltung** unterhalten müssen.

Ist es politisch gewollt, dass Gratis-Medien nicht gefördert werden? Man muss es befürchten. Zufälligerweise besitzt **Christoph Blocher über 50 regionale Gratis-Zeitungen**. Am Entstehen des neuen Medienpakets hat Linkspopulist **Hansi Voigt** massgeblich mitgearbeitet. Auf Twitter wirbt der ehemalige Chefredaktor von „20 Minuten“ fleissig in linken Kreisen für die Annahme der Vorlage und verkündet unumwunden: „**Blocher-Medien stoppen**“. Ganz nach dem Motto: **Emotionen statt Fakten zählen**. Das ist auch **die Strategie des Ja-Komitees** wie ein internes Papier des Verbands Schweizer Medien zeigt. Hier wird enthüllt, wie der Abstimmungskampf aussehen soll. Unter anderem sollen die Medien selber Umfragen in Auftrag geben, die aufzeigen, dass die Gegner des Mediengesetzes an Boden verlieren. Noch sieht es gut aus für das Nein-Komitee: 57 % lehnen das Medienpaket ab, so die aktuellste Umfrage.

<https://www.nebelspalter.ch/mediensubventionen-verleger-wollen-gegner-%C2%ABdemobilisieren%C2%BB>

**Christoph Blocher** ist zurückhaltend mit Kritik am neuen Paket. **Andere lokale und regionale Gratis-Verleger laufen aber Sturm gegen das neue Medienpaket** und wehren sich gegen die Benachteiligung. Sie ärgern sich wirklich heftig, wie man aus ihren Statements entnehmen kann.

<https://medien-massnahmenpaket-nein.ch/lokale-medien/>

Den kleinen Verlegern bläst noch aus einer anderen Richtung ein harter Wind entgegen. Es sind die **erfolgreichen Online-Marktplätze der Zürcher Medienkonzerne**, deren Wert auf **gegen drei Milliarden Franken** geschätzt wird. Sie graben ihnen das Wasser ab. Denn ob Stellen-, Wohnungs-, Auto- oder Kleininserate, all diese Anzeigen sind **nicht zu Google oder Facebook** abgewandert,

## Impuls aktuell – Nr. 16

sondern **in die Online-Marktplätze von TX Group und Ringier**. Damit füllen sich die Kassen der grossen Konzerne zulasten der mittleren und kleinen Verlage in den Regionen.

### **Warum dieses Medienpaket abzulehnen ist**

Die **Monopolstellung** der grossen Medienhäuser wird weiter **zementiert**. Dank der Mehrheit linker Journalisten bleibt uns von Allschwil bis Zäziwil der linke Einheitsbrei erhalten. **Die Unabhängigkeit und die Vielfalt der freien Presse sind weiter bedroht**. Bei den **Online-Medien** unterstützt der Staat sogar erstmals die Medien direkt. Das ist eine rote Linie, die nicht überschritten werden darf. **Kleinere und mittlere Verlage sowie Gratis-Zeitungen und kostenlose Online-Medien sind die Verlierer**. Das ist nicht fair. Die Vorlage stärkt nicht die Medienfreiheit, sie schwächt sie und **schwächt damit auch die Demokratie**. Das Einzige, was gefördert wird, ist die **Nähe zum Staat**. Aber nur unabhängige Medien können den Staat kontrollieren.

Demokratischer wäre, **man gäbe den Bürgern und Bürgerinnen 200 Franken**, die sie in ihre bevorzugten Medien investieren könnten. Längst gibt es Online-Medien, die alternative Sichtweisen von Themen präsentieren, welche uns die Mainstreammedien vorenthalten.

**Man kann risikolos nein stimmen. Die jetzige indirekte Presseförderung für kleinere und mittlere Verlage bleibt bestehen.**